

# Kritik von links am neuen Sozialhilfegesetz

*Mehrere Organisationen warnen  
vor negativen Konsequenzen*

mvl. · Erstaunlich früh hat sich die SVP zum neuen Sozialhilfegesetz geäussert. Noch bis Ende Jahr läuft die Vernehmlassung, die Volkspartei stellte ihren Standpunkt bereits im November vor. Nun haben mehrere Organisationen nachgezogen, die dem linken Spektrum zuzuordnen sind, darunter die unabhängige Fachstelle für Sozialhilferecht (UFS), Caritas und das Sozialwerk Pfarrer Sieber. In Zürich sprachen sie von Verschärfungen zulasten der Bezüger. Diese würden unter Generalverdacht gestellt und zunehmend entmündigt.

Stossend sei, dass zur Höhe der Sozialhilfe im Gesetzesvorschlag eine verbindliche Angabe fehle. Zudem sei die Pflicht, das soziale Existenzminimum zu sichern, einer Kann-Formulierung gewichen. Neu erhielten Bezüger zudem schon bei der zweiten Auflageverletzung nur noch Nothilfe, bisher sei dies bei der Verweigerung zumutbarer Arbeiten der Fall. UFS-Juristin Zoë von Streng sagte, mit dem neuen Gesetz seien mehr Rechtsstreite zu erwarten und somit mehr Aufwand. Vor zusätzlichen Kosten warnte auch Caritas-Direktor Max Elmiger. Werde der Druck immer noch mehr erhöht, verzichteten Anspruchsberechtigte mehr und mehr auf den Sozialhilfebezug. Für die öffentliche Hand drohten dadurch hohe Folgekosten – beispielsweise, wenn diese Personen in der Psychiatrie landeten.

Die Organisationen versuchen nun, auf die politischen Parteien einzuwirken. Bleibe es bei diesem Gesetzesvorschlag, sei ein Referendum eine reale Option.